Amtliche Bekanntgabe

Immissionsschutzrecht;

Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Arzneimitteln und Zwischenprodukten

Antragstellerin: R-Pharm Germany GmbH, Heinrich-Mack-Straße 35, 89257 Illertissen

Betriebsort: bestehendes Betriebsgebäude A4 auf den Grundstücken Fl.-Nr. 452,453, 454 der Gemarkung Au, bestehende Betriebsgebäude D4 und D5 auf dem Grundstück Fl.-Nr. auf 440 der Gemarkung Au sowie bestehendes Betriebsgebäude A8 auf den Grundstücken Fl.-Nr. 823, 824 der Gemarkung Illertissen im westlichen und südwestlichen Bereich des Werksgeländes

Bekanntgabe des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung zur Erforderlichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Firma R-Pharm Germany GmbH beantragte am 06.07.2021 beim Landratsamt Neu-Ulm eine Neugenehmigung nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Arzneimitteln einschließlich Zwischenerzeugnissen am Standort Illertissen. Die Produktion soll im industriellen Umfang erfolgen.

Inhalt des Genehmigungsantrags ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Impfstoffen und monoklonalen Antikörpern (mAb).

Die Anlagenkapazität beträgt bei der Impfstoffproduktion 100l/Woche; 5.000 l/a Wirkstoff und bei der Produktion der mAb 30l/Woche; 1.500 l/a Wirkstoff.

Das Gesamtvorhaben bedarf einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gem. § 4 BImSchG i.V.m. Ziffer 4.1.19 (G/E) des Anhang 1 der 4. BImSchV. Das Genehmigungsverfahren wird als förmliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach §§ 4 und 10 BImSchG durchgeführt.

Die Anlage fällt unter die Ziffer 4.2 (A) der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Für die Anlage zur Herstellung von Arzneimitteln einschließlich Zwischenerzeugnissen wurde daher eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG zur Feststellung der UVP-Pflicht durchgeführt.

Die allgemeine Vorprüfung wurde als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien durchgeführt. Die UVP-Pflicht für das Änderungsvorhaben besteht, wenn die Vorprüfung ergibt, dass die Änderung nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 UVPG).

Die Prüfung ergab, dass durch die Änderung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorgerufen werden. Deshalb besteht keine UVP-Pflicht.

Die näheren Gründe für diese Feststellung sind im Aktenvermerk vom 25.08.2021, Az. 1711.3/2-G1, angeführt. Dieser kann beim Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Immissionsschutz und Abfallrecht, Zimmer 219, Kantstr. 8, 89231 Neu-Ulm, eingesehen werden.

Diese Feststellung, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, wird entsprechend § 5 Abs. 2 UVPG bekannt gegeben. Die Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 5 Abs. 3 UVPG).

Die Belange des Umweltschutzes werden im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft.

Az: 34-1711.3/2-G1

Landratsamt Neu-Ulm